PARLAMENTSREPORT
Fraktion im Thüringer Landtag
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag
www.die-linke-thl.de

Die Liste der erfüllten Versprechen ist lang

LINKE-Abgeordnete ziehen Halbzeitbilanz und bestätigen bei Neuwahl ihren Vorstand

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag haben zur Halbzeit der Legislaturperiode am 7. Juni ihren Vorstand neu gewählt. Für Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow votierten 22 der anwesenden 26 Abgeordneten. Klar wiedergewählt wurden ebenfalls die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Katja Mitteldorf und Mike Huster sowie der Parlamentarische Geschäftsführer André Blechschmidt.

„Die eindeutigen Ergebnisse der Fraktionsvorstandswahl sind ein großer Vertrauensbonus, über den ich mich freue und der zugleich Ansporn für unsere weitere Arbeit“, mit diesen Worten reagierte Susanne Hennig-Wellsow auf die Wahl.

Die im Amt bestätigte Fraktionsvorsitzende verwies auf die positive Halbzeitbilanz von Rot-Rot-Grün. „Wir haben eine Reihe von Wahlversprechen eingelöst. Nur einige Beispiele: 100 Millionen Euro werden wir bis Ende 2017 in den Schulbau gesteckt haben, damit unsere Kinder eine bessere Umgebung zum Lernen bekommen.

Wir werden mit dem kommenden Doppelhaushalt 500 mehr Lehrerinnen und Lehrer über die Zahl der vereinbarten Neueinstellungen in den Dienst geholt haben, um die jahrelangen Versäumnisse der CDU Stück für Stück zu korrigieren. Das Gesetz für das kostenfreie Kita-Jahr ist in den Landtag eingebracht und wird ab 1. Januar 2018 wirksam. Damit wird das letzte Kita-Jahr für rund 18.000 Kinder mit ihren Familien künftig gebührenfrei.

Mehr Förderung für sozialen Wohnungsbau, mehr Geld für die Städte und Gemeinden, mehr Jobs im öffentlichen Beschäftigungssektor für Langzeiterwerbslose, die Selbstbedienung aus Fraktionskassen für einzelne Abgeordnete beendet, den Skandal-Verfassungsschutz an die kurze Leine gelegt, Spitzenreiter bei direkter Demokratie und Wahlrecht ab 16 Jahre in den Kommunen - die Liste der erfüllten Versprechen ist lang.“

Bis zum Ende der Legislatur im Herbst 2019 wird dieses Vorstandsteam im Amt sein. „In den kommenden Wochen und Monaten werden wir alles daransetzen, beherzt an die gute und erfolgreiche Arbeit anzuknüpfen und gleichzeitig neue Akzente zu setzen“, sagte Susanne Hennig-Wellsow im Namen ihrer VorstandskollegInnen. ■

Im Foto (v.l.): Die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Mike Huster und Katja Mitteldorf, Landtagsvizepräsidentin Margit Jung, Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow und der Parlamentarische Geschäftsführer Andrè Blechschmidt.
Foto: Annegret Brosemann

Rot-Rot-Grün liefert: Gebührenfreies Kita-Jahr

Den Gesetzentwurf der Landesregierung über die Neuregelung der Kindertagesbetreuung, das Kita-Gesetz, hat der Thüringer Landtag in seiner Sitzung am 2. Juni in erster Lesung beraten. Dazu erklärten die zuständigen SprecherInnen der Koalitionsfraktionen Torsten Wolf (DIE LINKE), Birgit Pelke (SPD) und Astrid Rothe Beinlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

„Rot-Rot-Grün liefert. Das dem Landtag vorgelegte neue Kita-Gesetz realisiert mit dem gebührenfreien Kindergarten-Jahr ab 2018 eines der zentralen Projekte dieser Koalition und ist ein wichtiger Schritt hin zur generellen Beitragsfreiheit von Bildung. Das gebührenfreie Kindergartenjahr entlastet Familien mit Kindern im betreffenden Alter um durchschnittlich 1.440 Euro. Es stärkt den Kindergarten als zentrale Institution frühkindlicher Bildung. Im Zuge des Anstiegs der Kinderzahlen werden sich die Aufwendungen des Landes für unsere Kindertagesstätten auch außerhalb des gebührenfreien Jahres um 47 Millionen Euro erhöhen.“

Das Gesetz schreibt zudem den Kommunen in ihren Gebührensatzungen ab dem Jahr 2018 eine soziale Staffelung vor. Eine Verbesserung des Personalschlüssels für Kita-Leitungen bringt mehr Zeit für Elterngespräche, Familienbegleitung und pädagogische Konzepte. Zudem verbessert das neue Gesetz die Mitwirkung von Eltern und Kindern in den Kindertagesstätten und stärkt die Qualifikation und Weiterbildung der MitarbeiterInnen. Die SprecherInnen abschließend: „Da die Qualitätsentwicklung im Kita-Bereich für Rot-Rot-Grün ein zentrales Thema ist, werden die Koalitionsfraktionen im Zuge der weiteren parlamentarischen Beratungen des Gesetzentwurfs prüfen, inwieweit der Betreuungsschlüssel bei Drei- bis Vierjährigen noch verbessert und der Einsatz multiprofessioneller Teams realisiert werden kann.“

Die Einführung des beitragsfreien Kita-Jahres erfolgt zum 1. Januar 2018. Das Gesetz legt fest, dass in einer Kindertageseinrichtung vom Beginn des letzten Kindergartenjahres bis zum Beginn des Schuljahres, in dem das Kind erstmalig die Schule besucht, kein Elternbeitrag geltend gemacht werden darf. Davon profitieren jährlich rund 18.000 Kinder mit ihren Familien.

Die Thüringer Entscheidung ist auch ein Signal an den Bund, die Weichen für eine komplett kostenfreie Kita-Zeit zu stellen. Das hatten in der Landtagsberatung die Rednerinnen und Redner der Koalition erneut betont. ■

Kommentiert:

von Susanne Hennig-Wellsow

Einwanderungsrecht

Die große Zahl von Schutzsuchenden, die vor allem seit 2014 nach Deutschland gekommen sind, hat eines klar gemacht: Deutschland ist ein Einwanderungsland.

Kann es ein linkes Konzept für ein solidarisches und modernes Einwanderungs- und Integrationsrecht geben? Ein Einwanderungsrecht, das die „Festung Europa“ nicht zum Einsturz bringen, aber in einem wichtigen Einwanderungsland in der Mitte Europas Bewegungsfreiheit, soziale Sicherheit, Gleichstellung und Teilhabe gewährleisten kann? Die Vorsitzenden von sieben Landtagsfraktionen der LINKEN sind der Auffassung, es muss möglich sein. Eine Projektgruppe hat in ihrem Auftrag ein Konzept für ein linkes Einwanderungsrecht erarbeitet. Im Mittelpunkt steht der soziale Anknüpfungspunkt einer Person.

Dieser ist gegeben, wenn familiäre Beziehungen bestehen oder Familienangehörige einreisen, wenn Ausbildung/Studium oder Erwerbstätigkeit aufgenommen werden sollen, eine Gemeinwohltätigkeit begonnen wird oder sonstige Gründe für eine soziale Verwurzelung sprechen. Dieses Einwanderungsrecht beinhaltet einen Anspruch auf Integrations- und Sprachkurse, berechtigt zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und garantiert den Zugang zu Bildungseinrichtungen und zu Angeboten der Sozialberatung. Illegalisierte Menschen sollen einen legalen Aufenthaltsstatus erhalten. Die Anordnung einer Ausreisepflicht ist die Ultima Ratio und kann nur unter strengsten Voraussetzungen auferlegt werden. Inklusion statt Abschiebung ist der Grundsatz dieses Einwanderungsrechts.

Menschen sollen dort, wo sie leben, arbeiten, soziale Bezüge aufbauen und zum gesellschaftlichen Leben beitragen, auch bleiben können. Wir möchten den gesetzlichen Rahmen schaffen, dass sie tatsächlich frei über ihren Lebensort bestimmen können. Das LINKE Konzept soll für Rechtssicherheit sorgen und der Einwanderungsgesellschaft, in der wir sowieso schon leben, einen Rahmen geben. Wir konzentrieren wir uns auf drei Säulen: Die erste Säule ist das Asylrecht, das Menschen in Not schützt. Die zweite Säule ist ein Einwanderungsgesetz, das es ermöglicht, als Einwanderer regulär in der BRD zu leben. Die dritte Säule ist das Staatsangehörigkeitsrecht, das den Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft öffnet. ■

Zwischenzeitlich stürmte es auf dem Jahresempfang der Linksfraktion am 7. Juni im Innenhof des Thüringer Landtags so heftig, dass die Gäste Zuflucht in der Lobby des Plenarsaals nehmen mussten.

Dass ansonsten die Signale der stärksten Koalitionsfraktion im Landtag alles andere als auf Rückzug stehen, hatte gleich zur Begrüßung der zahlreichen Persönlichkeiten aus der Thüringer Politik und Gesellschaft Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow mit Beispielen aus der Halbzeitbilanz von Rot-Rot-Grün verdeutlicht und geschlossen: „Wir haben uns auf den Weg gemacht, damit das Land sozialer, demokratischer und ökologischer wird. Da mag es sein, dass es manchmal für uns stürmisch wird.“ Die erfolgreiche Arbeit der Thüringer Koalition würdigte in seiner Rede LINKE-Parteivorsitzender Bernd Riexinger. Auf bundespolitischer Ebene scheine es allerdings so, „als sei alles schon gerichtet – das führt tatsächlich zu einer großen Lähmung im Land“. Viel werde von sozialer Gerechtigkeit geredet, „aber die Leute wollen auch wissen, wie die aussehen soll“. So arbeiteten im Osten nur 37 Prozent der Beschäftigten unter Tarifbedingungen, Sozialdumping sei an der Tagesordnung. „Dieser finanzgetriebene Kapitalismus hat zu einem ungeheuren Reichtum in wenigen Händen geführt bei gleichzeitig großer öffentlicher Armut“, sagte der Bundesvorsitzende. Ministerpräsident Bodo Ramelow hatte immer wieder auf die Aufgabe von Rot-Rot-Grün verwiesen, Thüringen zukunftsfest zu gestalten. Er unterstrich beim Jahresempfang die Notwendigkeit der anstehenden Reformen. Dabei gehe es nicht zuletzt darum, wie in 20 Jahren noch eine starke, gut funktionierende Verwaltung für jeden Bürger erreichbar sein könne.

Fotocollage: Annegret Brosemann ■

Einladung zum Tag der offenen Tür

Am Sonnabend, den 17. Juni, findet der Tag der offenen Tür im Thüringer Landtag von 10 bis 17 Uhr statt. Die LINKE-Fraktion freut sich, Besucherinnen und Besucher wieder bei ihrem traditionellen Kaffee-Klatsch im Käte Duncker Saal, ihrem Fraktionssitzungsraum, (201, Funktionsgebäude, 2. OG) begrüßen zu können.

Im Fraktionsflur der LINKEN im Abgeordnetengebäude (4. OG) ist die Ausstellung „Wenn ich einen Wunsch frei hätte, dann würde ich...“ mit den Ergebnissen eines Kreativwettbwerbs zu sehen. Thüringer Kinder und Jugendliche haben gemalt und gebastelt u.a. zum Thema Kinderarmut.

Ebenfalls im Fraktionsgebäude, 4. Etage, Raum 440, kann in der Zeit von 10.30 bis 12.00 Uhr mit Abgeordneten über die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen diskutiert werden. Das hochaktuelle und brisante Thema bietet der LINKE-Arbeitskreis Innenpolitik in Zusammenarbeit mit dem Kopofor Thüringen e.V. an. Im Plenarsaal des Landtags heißt es ab 13 Uhr „Landtag im Dialog - BürgerInnen fragen, PolitikerInnen antworten“. In der Gesprächsrunde der Fraktionsvorsitzenden für DIE LINKE Susanne Hennig-Wellsow.

Gegenüber dem Haupteingang in der Jürgen Fuchs Straße befindet sich der Informationsstand der Linksfraktion, wo es u.a. die druckfrische neue Broschüre der Abgeordneten zur Halbzeibilanz gibt, aber auch Kinderspaß mit dem Verein „Ottokar“, eine Schnellzeichnerin ist da, Popcorn und Luftballons gehören ebenfalls dazu. ■

Immer auf dem Laufenden bleiben

Der Parlamentsreport der Linksfraktion erscheint regelmäßig als gedruckte Beilage zur Zweiwochenzeitung UNZ - Unsere neue Zeitung (www.unz.de).

Wir informieren über die Schwerpunkte der Arbeit der Fraktion, über Gesetzesinitiativen der Koalition und der Landesregierung, über die Landtagsdebatten, über Aktionen und Veranstaltungen und vieles andere mehr.

Online kann die aktuelle Ausgabe des Parlamentsreports - im Archiv auch alle älteren Ausgaben - jederzeit auf der Internetseite der Fraktion (www.die-linke-thl.de/nc/mediathek/parlamentsreport) nachgelesen werden.

Alle aktuellen Infos aus der Fraktion, Pressemitteilungen, Kontakt zu den Abgeordneten, Termine, Reden und Anträge der LINKEN im Parlament, Links zu den Social-Media-Kanälen der Fraktion, Broschüren und Flugblätter sowie viele Hintergrundinfos zu den Positionen der stärksten Koalitionsfraktion im Thüringer Landtag sind im Netz zu finden unter: www.die-linke-thl.de.

Ein Video-Livestream von den meist einmal im Monat stattfindenden dreitägigen Plenarsitzungen des Thüringer Landtags wird während der Sitzungen auf der Internetseite der Fraktion (www.die-linke-thl.de) eingespielt sowie auf der Internetseite des Landtags (www.landtag.thueringen.de/landtag/aktuelles/plenum/live-uebertragung/). Der vom Landtag herausgegebene Landtagskurier informiert monatlich über die Arbeit des Parlaments sowie der Fraktionen. ■

Eine Reformdiskussion

Demokratie-Tagung 2017 im Landtag: Wählen demokratischer machen - aber wie?

„Mehr Demokratie beim Wählen", so das Motto der Demokratie-Tagung 2017, die am 8. Juni stattfand. Wie bisher schon wurde die Tagung von den Fraktionen LINKE, SPD und GRÜNE zusammen mit dem Bündnis „Mehr Demokratie in Thüringen" veranstaltet.

Prof. Hermann Heußner von der Hochschule Osnabrück gab den Einstieg unter dem Titel „Die Krise der repräsentativen Demokratie – Wie weiter?" Sinkende Wahlbeteiligungen sind nicht nur schlecht für die Demokratie, sondern auch ein Problem für den Sozialstaat, so eine Kernthese. Die sinkende Wahlbeteiligung betrifft vor allem die sozial nicht so gut gestellten Bevölkerungsschichten – auch weil diese sich in weiten Teilen „abgehängt" sehen. Eine Folge: Sozial besser gestellte Wähler können ziemlich erfolgreich ihre Interessenpolitik durchsetzen. Der Prozess des „Abgehängtsein" verstärkt sich für Betroffene noch. Heußner stellte die provokante These auf, dass mit der Einführung einer Wahlpflicht dieser Teufelskreis durchbrochen werden könnte. LINKE-Fraktionsvorsitzende Susanne Wellsow gab zu bedenken: „Noch wichtiger ist, dass die Leute dann auch wirklich etwas entscheiden dürfen."

Der Referent verfocht auch die Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre und ein umfassendes Migranten-Wahlrecht. Diese Ausweitung des Wahlrechts muss verbunden werden mit einer möglichst frühzeitig beginnenden Demokratieerziehung und -schulung (Stichwort Lehrpläne). Die Gefahr, dass Leute „rechten Rattenfängern" auf den Leim gehen, sinkt damit deutlich. Der - auch vom Thüringer Behindertenbeauftragten in einem Diskussionsbeitrag monierte - Wahlrechtsausschluss für Menschen mit Behinderungen bzw. in gesetzlicher Betreuung sollte abgeschafft werden. Denn er ist ein Verstoß gegen die Vorgaben des UN-Abkommens über die Rechte behinderter Menschen.

Ralf-Uwe Beck, Sprecher des Vereins Mehr Demokratie e.V., und Dr. Björn Benken von der „Aktion Wahlreform" sprachen mögliche Reformbausteine an. Beck erläuterte das Kumulieren, also die Vergabe von mehreren Stimmen an einen Kandidaten, und das Panaschieren, also das „Zusammenschreiben" von verschiedenen Kandidatenlisten auf eine einzige Liste. Er machte den Vorschlag, dass bei Landtagswahlen jeder Wähler 21 Stimmen vergeben können soll, indem er bis zu drei Stimmen auf verschiedene Bewerber verteilen kann. Hier gab es Einwände aus dem Publikum: Diese „Verkomplizierung" produziere mehr ungültige Stimmen und schrecke Leute vom Wählen ab. Außerdem zeigten Erfahrungen aus anderen Ländern, dass dann die Stimmzettel schon vor der Wahl nach Hause geschickt werden müssten.

Anja Müller, Sprecherin für Bürgerbeteiligung der LINKE-Fraktion, gab zu bedenken, dass mit diesen Instrumenten auch eine starke Personalisierung und „Popularisierung" der Wahlentscheidung entsteht. Inhaltliche Ausrichtungen der Wahllisten würden in den Hintergrund gedrängt.

Eher ungeteilte Zustimmung gab es für den Vorschlag von Benken nach dem Vorbild Frankreich und Italien auch in Deutschland den Wählern zu ermöglichen, eine „Enthaltungsstimme" abzugeben.

Wie mehr Frauen über die Kandidatenaufstellung in die Parlamente kommen können, stellte Prof. Silke Laskowski in ihrem Beitrag vor. Sie verwies auf die „Parité"-Gesetzgebung in Frankreich und erste praktische Erfahrungen damit.

Im Foto (v.l.): Prof. Silke Laskowski, Dr. Björn Benken, Dirk Adams, Susanne Hennig-Wellsow, Ralf-Uwe Beck, Dorothea Marx und Prof. Hermann Heußner.
Foto: Mona Walter

Im Abschluss-Podium mit Susanne Hennig-Wellsow (LINKE), Dorothea Marx (SPD), Dirk Adams (GRÜNE) und Ralf-Uwe Beck (Mehr Demokratie e.V.), war man sich einig, dass in Thüringen als ein wichtiger Schritt der Wahlrechts-Demokratisierung die Einführung von Parité-Regelungen angegangen werden sollte. Auch andere Diskussionsinhalte der Tagung sollen hinsichtlich Reformbedarf und Umsetzungsmöglichkeiten geprüft werden.

Sandra Steck ■

DDR-Geschiedene

Der kürzlich von der Fraktion DIE LINKE im Bundestag eingebrachte Antrag „Forderung der Vereinten Nationen zu den in der DDR geschiedenen Frauen sofort umsetzen" wird von MdL Karola Stange ausdrücklich unterstützt. Betroffene Frauen, insbesondere der Verein der in der DDR geschiedenen Frauen e.V., kämpfen seit Jahren für eine staatliche Rentenausgleichsregelung, und sie haben vom Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau der Vereinten Nationen Recht bekommen. Dieser hatte der Bundesrepublik ein staatliches Entschädigungssystem zur Ergänzung dieser Renten empfohlen. „Diese Rentenungerechtigkeit muss endlich beseitiget werden", so die Abgeordnete. ■

Elektrifizierung

„Die Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung (MDV) von Weimar bis Gößnitz im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes ist ein großer Fortschritt für den Verkehr in Thüringen", so MdL Dr. Gudrun Lukin. „Das Projekt ist vor allem von großer Bedeutung für einen schnellen und barrierefreien Schienenpersonennahverkehr und ermöglicht später verbesserten Fernverkehr im Freistaat. Es ist zugleich ein wichtiger Beitrag für den Klimaschutz aber auch für die Wirtschaftsförderung im Lande." Damit können nun auch die im Landeshaushalt für die Planungsvorbereitung bereitgestellten drei Millionen Euro abgerufen werden, um zügig an der Umsetzung zu arbeiten. ■

Tourismus

Die vom Landtag beschlossenen Änderungen am Thüringer Kommunalabgabengesetz stellen sowohl die ÖPNV-Nutzung des Kurbeitrags auf gesetzlich eindeutige Grundlage, als auch den Kommunen mit der Tourismusabgabe ein neues Instrument zur Verfügung, um künftig gezielt Mittel für Investitionen in touristische Infrastruktur zu erhalten. MdL Knut Korschewsky freut sich über diese wichtigen Schritte: „Tourismus ist direkte regionale Wirtschaftskraft und Wertschöpfung. Umso wichtiger ist es, dass unsere Kommunen die Möglichkeiten haben, für diese freiwillige Aufgabe gezielt Mittel einzuwerben, um damit diesen Wirtschaftszweig zusammen mit Landes- und Bundesförderung weiterzuentwickeln." ■

VON A BIS Z:

BAföG-Reform

Anlässlich der vom Deutschen Studentenwerk veröffentlichten Studie zu Lebenshaltungskosten von Studierenden hat sich Christian Schaft, hochschulpolitischer Sprecher der Linksfraktion, für eine grundlegende Reform des BAföG ausgesprochen: „Dass selbst der Förderungshöchstsatz in den meisten Fällen nicht ausreicht, die tatsächlichen Lebenshaltungskosten zu finanzieren, zeigt erneut den dringenden Handlungsbedarf." Die Studie bestätigt die schon lange von Studierendenvertretungen geäußerte Kritik an den zu niedrig angesetzten Fördersätzen und Freibetragsgrenzen. Die letzte große Reform sei zwar dringend notwendig gewesen, habe aber die nun offen gelegten Probleme nicht gelöst.

„Notwendig ist es jetzt, konkrete Schlussfolgerungen für die BAföG-Sätze und die einzelnen Pauschalen für den Grundbedarf, die Miete, Gesundheit und Kinderbetreuung zu ziehen. Eine umfassende BAföG-Reform ist auch Ziel der rot-rot-grünen Koalition. Wir sind bereit, eine solche Reform anzuschieben und zu begleiten, damit die Fördersätze und Freibeträge endlich an die realen Kostensteigerungen angepasst werden. Damit können wir auch einen wichtigen Beitrag zu mehr Bildungsbeteiligung und -gerechtigkeit leisten, schließlich haben auch über 80 Prozent der befragten Studierenden deutlich gemacht, dass sie ohne eine BAföG-Förderung nicht hätten studieren können", so Christian Schaft. ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:
Die letzten Plenarsitzungen des Landtags vor der parlamentarischen Sommerpause finden statt vom 21. bis 23. Juni. Die ersten Sitzungen nach der Sommerpause sind anberaumt für die Zeit vom 30. August bis 1. September.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden (Tel. 0361 3772295).

„Thüringen rockt!":
Infostand der Linksfraktion bei „Thüringen rockt!" am 16. Juni ab 16 Uhr im Open-Air Bereich der Erfurter Messe. Ab 19 Uhr Konzert von Konstantin Wecker im Rahmen seiner Jubiläumstour "Poesie und Widerstand".

www.die-linke-thl.de ■

Kurz und Prägnant

Drei RechtsRock-Festivals in Themar

In der Stadt Themar, Landkreis Hilldburghausen, sollen im Juli drei RechtsRock-Events stattfinden: Am 1. Juli das „Rock für Deutschland“, bisher in Gera, am 15. Juli das „Rock gegen Überfremdung 2“ und am 29. Juli das „Rock für Identität“. „Themar wird damit zum RechtsRock-Austragungsort Nummer Eins in Deutschland, es ist von 5.000 bis 7.000 Teilnehmern der Neonazi-Szene auszugehen“, sagt Katharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion.

Themar dürfe nicht alleingelassen werden: Politik, Behörden und Zivilgesellschaft seien gefragt, um den Bürgern jegliche Unterstützung zu geben und insbesondere die mit den Nazi-Veranstaltungen einhergehenden Angsträume zu beschränken. Die Linksfraktion erwartet ein angemessenes Sicherheitskonzept. Dass ausgerechnet ein Thüringer AfD-Mitglied das Grundstück für die Neonazi-Konzerte zur Verfügung stelle sei bezeichnend. Wenn alle drei Konzerte über die Bühne gehen, verschwinden über 100.000 Euro in den mehr oder weniger verborgenen Kassen der Neonazis.

Die Abgeordnete hat eine parlamentarische Beobachtungsgruppe initiiert, welche Auftreten und Agieren der Neonazis beobachten wird sowie vor Ort für Bürgerinnen und Bürger als Ansprechpartner zur Verfügung steht. ■

Rechte der Kinder stärker machen

Eine Stärkung der Kinderrechte hat Kati Engel, die kinderpolitische Sprecherin der Frakion DIE LINKE im Thüringer Landtag gefordert. „Nach über 25 Jahren UN-Kinderrechtskonvention ist es an der Zeit, Kinderrechte sowohl in die Thüringer Verfassung als auch ins Grundgesetz aufzunehmen“, fügte die Landtagsabgeordnete hinzu. „Kinder dürfen nicht länger allein als Bestandteil von Familien gesehen werden, sondern müssen endlich eigenständige Rechtssubjekte mit Verfassungsrang werden. Nur so ist es möglich, ihre Interessen und Bedürfnisse besser zu schützen.“

Es sei „höchste Zeit, dass Jungen und Mädchen in Thüringen die Teilnahme an demokratischen Prozessen und damit verbundenen Beteiligungsverfahren ermöglicht wird“, betonte Kati Engel unter Verwies auf die Anstrengungen von Rot-Rot-Grün, „die direkte Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen zu verbessern und kinder- und jugendgerechte Partizipationsstrukturen landesweit auszubauen“. ■

Verwaltungshandeln führt immer wieder zu Eingaben

MdL Anja Müller zum Arbeitsbericht des Petitionsausschusses des Landtags

„Nimmt man einmal die Petitionen aus dem Bereich Strafvollzug heraus, zeigt sich erneut ein Schwerpunktbereich. Er betrifft die Sozialgesetzgebungen des Bundes. Hartz IV und der damit einhergehende Umgang in Jobcentern und Sozialämtern mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern führt häufig zu Einreichung von Petitionen“, so Anja Müller, Sprecherin der Linksfraktion für Petitionen und Bürgerbeteiligung, zum am 30. Mai vorgelegten Bericht 2016 des Petitionsausschusses.

Aber auch das Verwaltungshandeln der Wasser- und Abwasserzweckverbände werde häufig kritisiert und führe zu Eingaben an den Thüringer Landtag, also an den Petitionsausschuss.

„Immer wieder begeben sich die Abgeordneten auf Spurensuche, analysieren Satzungen und geben danach eine Empfehlung an den Petenten ab. Doch was häufig fehlt ist, dass die betroffenen Verwaltungen ihr Handeln kritisch überprüfen, um ihre Arbeit bürgerfreundlicher auszurichten und zu kommunizieren“, sagte die Abgeordnete.

Wie es gehe, zeigten jedoch verschiedene Stadtverwaltungen. „So wurde von der Berufsakademie Gera-Eisenach, jetzt Duale Hochschule, im Jahr 2015 eine wissenschaftliche Studie veröffentlicht, die Bürgerservicestellen in den 32 wichtigsten Städten des Freistaates untersucht.

Dort rangiert die Stadt Bad Salzungen an der Spitze. „Und wenn man sich einmal das Bürgerbüro und den Umgang der geschulten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Bad Salzungen anschaut, wundert es nicht, dass von dort kaum Beschwerden an den Thüringer Landtag gerichtet werden. Der Bürger ist nicht für die Verwaltung da, sondern die Verwaltung sollte sich immer als Dienstleister für die Menschen sehen“, betonte Anja Müller auch mit Blick auf die kommende Verwaltungsreform. Sie verwies zudem auf ein anderes Beispiel: Die Jugendorganisation der CDU, die Junge Union, hatte im Zuge der Bürgermeisterwahlen in Sonneberg Unterschriften gesammelt für den Erhalt von Sonneberg als Kreisstadt. Auch wenn diese nicht wie üblich auf der Petitionsplattform des Thüringer Landtages eingingen, wurden die Unterschriften durch alle Mitglieder des Ausschusses anerkannt, obwohl das Petitionsgesetz etwas anderes besagt.

Dennoch wirbt Anja Müller abschließend für das Einreichen von Beschwerden auf der Homepage des Thüringer Landtages: https://petitionen-landtag.thueringen.de/

„Wer etwas erreichen will, eine Veränderung anstrebt, muss den Weg zum Parlament gehen. Nur so kann gewährleistet werden, dass sich die Abgeordneten mit dem Thema auseinandersetzen. Im Übrigen war DIE LINKE Landtagsfraktion im Jahr 2016 Vorreiter für den ersten Petitionsflyer für Kinder und Jugendliche. Denn jeder ist, unabhängig vom Alter, berechtigt, sich mit einem Anliegen an den Ausschuss zu wenden.“ ■

Arbeitslosigkeit unter sechs Prozent - eine Analyse

„Die Freude darüber, dass die Arbeitslosigkeit in Thüringen im Mai 2017 erstmals die 6-Prozent-Marke unterschritten hat, ist gerechtfertigt und ich teile sie. Mit 5,9 Prozent liegt die Arbeitslosenquote 0,8 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert. Es lohnt sich eine nähere Betrachtung und Analyse“, sagt Ina Leukefeld, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

Seit 2005 findet monatlich im Wahlkreisbüro von Ina Leukefeld in Suhl das Erwerbslosenfrühstück mit Zeit zum Gedankenaustausch statt.

Seit dem Jahr 2010 konnte die Arbeitslosigkeit in Thüringen fast halbiert werden. Sie beträgt thüringenweit mit 67.163 Arbeitslosen noch 56,4 Prozent der 119.031 Arbeitslosen im Jahr 2007. Vergleicht man den Abbau nach Planungsregionen, so wird deutlich, dass der Rückgang in Südthüringen (um 50,5 Prozent) am größten ist, gefolgt von Mittelthüringen (um 43,5 Prozent), Nordthüringen (um 41,9 Prozent) und Ostthüringen (um 40,8 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahresmonat (5/2016) hat die Arbeitslosigkeit in ganz Thüringen um 12,3 Prozent abgenommen. Spitze dabei ist die Stadt Suhl mit minus 23 Prozent und Schlusslicht die Stadt Gera mit minus 2,1 Prozent. Dennoch bleibt festzustellen, dass der Anteil der Hartz-IV-Empfänger mit 44.460 doppelt so hoch ist wie der der Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB III mit 22.703. Damit wird deutlich, dass die Vermittlungschancen wesentlich größer sind, je kürzer die Zeit der Arbeitslosigkeit ist. Umgekehrt wird das immer schwieriger, je länger Menschen keinen Zugang zu regulärer Erwerbstätigkeit haben.

Es ist bekannt, dass Arbeitslosigkeit für Betroffene und ihre Familien meist mehr als ein Knick in der Erwerbsbiografie ist. Wer arbeitslos wird, erlebt dies meist als schwere Belastung, die weit über finanzielle Einschränkungen hinausgeht. Depressionen, Hoffnungslosigkeit und Hilflosigkeit bis hin zur Resignation sowie Selbstvorwürfen, verringertem Selbstwertgefühl, geringeren Aktivitäten mit Vereinsamung infolge sind psychischen Belastungen und befördern Krankheitsrisiken.

Darin liegen wesentliche Ursachen für eine verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit, die auch in Thüringen zu verzeichnen ist. Die Tatsache, dass auch bei Langzeitarbeitslosigkeit erneut ein Rückgang zu verzeichnen ist, ist zu begrüßen, sie bringt aber keine grundsätzliche Entwarnung. Die Analyse der „Abgangszahlen“ im Arbeitsmarktbericht bundesweit macht deutlich: 13 Prozent der Langzeitarbeitslosen werden in Arbeit vermittelt, 4 Prozent sind in Maßnahmen, 22 Prozent sind in Ausbildung und Qualifizierung. Der weitaus größte Teil, nämlich 61 Prozent, verabschiedet sich vom Arbeitsmarkt. Diese Langzeitarbeitslosen gehen in Rente oder melden sich als Leistungsbezieher ab.

Wie die jährliche Analyse der Langzeitarbeitslosigkeit der Bundesagentur für Arbeit zeigt, erklärt sich der Abbau zum einen durch die stärker präventive und aktive Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik, die insbesondere auf ältere Langzeitarbeitslose gerichtet ist. Es gibt bessere öffentliche Förderung mit Bundes- und Landesprogrammen, die Wirkung zeigen. So partizipieren in Thüringen in Summe ca. 4.000 Menschen von Beschäftigung schaffenden Maßnahmen, etwa 10.000 Betroffene sind in beruflicher Bildung und Weiterbildung. Sie gehören zu den 38.596 Menschen, die unter die Rubrik „Unterbeschäftigung“ gezählt werden und deshalb nicht in der Arbeitslosenstatistik auftauchen.

„Strategisch muss es Überlegungen geben, wie Arbeit und ein Mehr an sozialer Teilhabe möglich werden. Deshalb bleibt die Forderung an die Bundesregierung bestehen, endlich die Mittel zur Finanzierung von Arbeitslosigkeit so zu bündeln, dass ein fairer Lohn für geleistete Arbeit gezahlt wird und der Arbeitsmarkt nachhaltig wird“, so Ina Leukefeld. ■

Das Thema

Die Herausforderungen der Bildungspolitik

Regierungserklärung zur zukunftsfähigen Gestaltung der Thüringer Bildungslandschaft

Die Regierungserklärung „Die Thüringer Bildungslandschaft zukunftsfähig gestalten: Ganztagsbetreuung qualitativ weiter entwikkeln – Fachkräfte gewinnen – Unterrichtsgarantie herstellen – Ressourcen optimal einsetzen“ stand im Mittelpunkt der Landtagssitzung am 1. Juni.

Sie wurde gehalten vom Thüringer Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff. Er sprach über die Herausforderungen der Thüringer Bildungspolitik, über Erfolge und ungelöste Probleme. „Ebenso über Entscheidungen, die zu ihrer Zeit richtig waren und heute dennoch neu getroffen werden müssen, weil sich die Zeiten und die zu lösenden Probleme fundamental geändert haben“, wie er betonte. Er mute den Abgeordneten „Komplexität und Ambivalenzen zu, denn es gibt in der Bildungspolitik aus meiner Sicht nur selten ein eindeutiges ‘richtig’ oder ‘falsch’“, sagte der Minister. Dafür sei das Thüringer Bildungssystem mit 1.315 Kindertagesstätten und 1.009 Schulen, den zahlreichen Einrichtungen der Erwachsenenbildung sowie über 50.000 Beschäftigten zu differenziert. Aber seine Stärke beruhe „auf dem Engagement der Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten und dem Hort, den Lehrkräften an den Schulen von der Grundschule bis zur Berufsschule“.

Allerdings, so der Minister weiter, steigen „proportional zur Stärke unseres Bildungssystems die Herausforderungen“. Er machte dies am Beispiel des Schulhorts deutlich, der in Thüringen organisatorischer Teil der Grundschule ist. „Das ist in dieser Form selbst in Ostdeutschland einmalig – westdeutsche Bundesländer sind davon weit entfernt. Diese hervorragende Infrastruktur aufrecht zu erhalten und weiter zu entwickeln ist personal- und kostenintensiv. Jeder Euro ist hier gut investiert.“ Nicht zu akzeptieren sei es, dass nicht allen Schülern garantiert werden könne, „dass sie am Schuljahresende in allen Fächern eine Note auf dem Zeugnis haben, weil der Unterrichtsausfall zu hoch war“. Daher sei es das Ziel der Landesregierung, die Rahmenbedingungen für eine Thüringer Unterrichtsgarantie zu schaffen.

Prof. Hoff: „Gleichzeitig sind wir dafür gut gerüstet. Wir sind im Bundesvergleich das Land mit den höchsten Bildungsausgaben pro Kopf. 8.100 Euro pro Schülerin oder Schüler investiert der Freistaat jährlich. Wir haben in allen Schularten im Ländervergleich 2015 kleinere Klassengrößen als andere Länder. Die vom Ministerpräsidenten und der Bildungsministerin Klaubert eingesetzte ‘Kommission Zukunft Schule’, die im Juni ihre Empfehlungen vorlegen wird, hat wiederum den Auftrag, Vorschläge zu unterbreiten, wie wir die bereits jetzt in das Thüringer Schulsystem investierten Ressourcen so einsetzen, dass wir einen spürbaren Schritt vorwärts kommen beim Ziel der Herstellung einer Thüringer Unterrichtsgarantie.“

Regierungserklärung komplett unter: http://www.thueringen.de/th2/tmbjs/aktuell/aktuelles/daten/98730/index.aspx ■

Lehrergewerkschaft und Lehrerverband sowie Schüler- und Elternvertretungen hatten zur Demo vor dem Landtag aufgerufen. Sie bekräftigten die Herausforderungen, vor denen die Thüringer Bildungspolitik steht. Durchaus Zustimmung gab es auch hier für die Worte von Minister Hoff (Bildmitte) .

Foto: Annette Rudolph

„So viel zum Faktenchek der CDU“

In der Debatte zur Regierungserklärung zur Bildungspolitik hatte der CDU-Abgeordnete Christian Tischner einen vermeintlichen Faktencheck vorgenommen, den der Bildungspolitiker der Linksfraktion Torsten Wolf (siehe Foto) in seiner Rede zerpflückte. Er sagte u.a. (Auszug aus dem Plenarprotokoll):

„Und das ist der entscheidende Punkt, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen: Die schwarz-rote Landesregierung von 2009 bis 2014 hatte sich verabredet, 2.500 Lehrer VZB einzustellen – 2.500 Lehrer. Anders als Kollege Tischner hier gesagt hat, wurden nicht 1.639, sondern 1.413 Lehrer eingestellt – 1.413. Und es ist Kollegen Matschie als damaligem Bildungsminister zu verdanken, dass nicht noch deutlich weniger eingestellt worden sind, denn in der letzten Verhandlungsrunde wollte Ihr Finanzminister pro Jahr nur 127 einstellen. Kollege Matschie als Bildungsminister hat damals 400 rausgehandelt. Jetzt sage ich Ihnen mal was: Wenn wir diese Stellen heute hätten, umgerechnet in Lehrerwochenstunden, wären das 27.000 Lehrerwochenstunden mehr. Wissen Sie, wie groß der Gesamtunterrichtsausfall an den Thüringer Schulen in der Woche ist?

(Zwischenruf Abg. Malsch, CDU: 26.000!)

18.275 statistisch. Das heißt, wir hätten deutlich mehr Lehrerwochenstunden, als wir benötigen, wenn Sie Wort gehalten hätten. Und Sie stellen sich jetzt hierhin und kritisieren uns, obwohl wir deutlich mehr Lehrer einstellen! Das ist doch wohl eine Frechheit, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion! So viel zum Faktencheck. Ich möchte auch noch mal ausdrücklich Kollegen Matschie für seine Arbeit und für sein Engagement damals nicht nur im Bereich Inklusion, sondern auch im Bereich Lehrerneueinstellung danken. Wenn wir das nicht gehabt hätten, dann würden noch viel mehr Stunden ausfallen. Gut, dass wir das jetzt zusammen mit der SPD besser machen können.

Ministerpräsident Bodo Ramelow

hat in seinem Interview in der TLZ am 04.03.2017 festgestellt: „Das Bildungssystem erzeugt permanent Frust“. Er führte aus, dass Thüringen mit die pro Kind höchsten Ausgaben im Ländervergleich und das beste Lehrer-Schüler-Verhältnis hat und trotzdem fällt erheblicher Unterricht aus. Was also läuft schief im Lande Thüringen, dass heute vor dem Thüringer Landtag und in einigen Städten Thüringens Schüler, Lehrer, Eltern, Erzieher in Sorge um die Zukunft des Thüringer Bildungssystems stehen? Allen Schülern, Eltern und Lehrkräften sei als erstes gesagt: Den Anspruch auf ein allen Kindern zugängliches und funktionsfähiges Bildungssystem mit akzeptablen Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten teilen wir zutiefst.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Sonntagsreden!)

Ja, die haben wir gerade von Ihnen gehört. Lassen Sie uns aber zusammen über die notwendigen Entscheidungen zur Weiterentwicklung des Thüringer Bildungssystems diskutieren und die besten Lösungen auch finden. Uns allen sollte gelingen, notwendige und zutreffende Kritik mit Lösungskonzepten für das Mögliche zur verbinden. Von daher begrüßt die Fraktion Die Linke, dass die Landesregierung mit Lösungsvorschlägen auf einen Teil der Forderungen der Schüler, Eltern und Lehrervertreter eingeht, mit der Kommission ‘Zukunft Schule’ Vorschläge zur Diskussion stellen wird, an der sich wiederum alle eben Angesprochenen beteiligen können, natürlich auch die größte Opposition. Wir alle wissen: Bildung ist das nachhaltigste Kapital, über das Thüringen verfügt. Ich möchte die Debatte in dieser Regierungserklärung nutzen, um einige aus meiner Sicht wesentliche Probleme im Bildungsbereich zu besprechen, und dabei auch die Erwartung deutlich machen, dass wir diese gemeinsam mit der von uns getragenen Thüringer Landesregierung dann auch lösen können.

Lassen Sie mich zunächst etwas zur Unterrichtsabsicherung sagen. Die Frage stellt sich doch: Ist Unterrichtausfall neu? Das ist eben nicht so. Bereits 2008, vor dem Urteil zur Vollzeitverbeamtung, gab es in Thüringen statistisch 3,5 Prozent Unterrichtsausfall. Das wissen Sie auch.

Es geht bei knapp 800 Dienststellen, bei einer Stundentafel, die sehr ausdifferenziert ist, nicht unbedingt immer sofort, einen Ausgleich zu finden, außer wir haben Ressourcen im System, die sich kein Mensch leisten kann. Ich habe schon ausgeführt, dass Thüringen heute noch das beste Lehrer-Schüler-Verhältnis hat. Trotz alledem haben wir steigenden Unterrichtsausfall.“

. ■

Gesundes Schulessen – regional und sozial

Der Thüringer Landtag hat in seiner Sitzung am 2. Juni einen Antrag von Rot-Rot-Grün zur Verbesserung der Kita- und Schulverpflegung in Thüringen beschlossen. In acht Punkten wird die Landesregierung aufgefordert, mit konkreten und nachhaltigen Schritten zu einer Verbesserung der Verpflegung an den knapp 900 Thüringer Schulen und 1.300 Thüringer Kindertagesstätten beizutragen.

Dazu hatten die verbraucherschutzpolitischen Sprecherinnen Diana Skibbe (DIE LINKE), Eleonore Mühlbauer (SPD) und Babett Pfefferlein (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt: „Mit dem Landtagsbeschluss wird es möglich sein, dass die oft diskutierten komplexen Fragen zur Verbesserung der Kita- und Schulverpflegung in Thüringen auf eine solide und vor allem zeitnah umsetzbare Grundlage gestellt werden. Wir möchten gemeinsam mit der Landesregierung konkrete Projekte anschieben, die bei der Umsetzung der Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) an den Schulen und Kitas helfen sowie den Dialog zwischen Kommunen, Schulträgern und Cateren verbessern.

Wir wollen, dass regionale und ökologische Produkte in die Verpflegung stärker einbezogen werden. Wir möchten die Arbeit der Vernetzungsstelle Schulverpflegung und der DGE in Thüringen weiter fördern, damit die notwendige Beratung und wissenschaftliche Begleitung der Umsetzung der DGE-Standards sowie Bildungsangebote zum Thema Gesunde Ernährung ausgebaut werden können.

Die Infrastruktur der Thüringer Schulen soll so ertüchtigt werden, dass sich das Image der Schulverpflegung unter ihren Schülerinnen und Schülern verbessert. Dazu gehören kleine bauliche Investitionen, wie die Schaffung von Trinkwasserbrunnen, ebenso wie die bessere Gestaltung von Speiseräumen und Kantinen. Am Anfang dieser und weiterer Punkte steht ein gemeinsamer Dialog aller Beteiligten."

Die Sprecherinnen begrüßten daher besonders die Ankündigung der Landesregierung, zur Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für eine bessere Kita- und Schulverpflegung ein Thüringer Dialogforum zu starten, dessen Ergebnisse in konkrete Handlungsempfehlungen münden sollen. Die Landesregierung wird hierzu dem Landtag bis zum 30. September einen ersten Bericht vorlegen.

Abschließend erklärten die Verbraucherschutzpolitikerinnen: „Neben diesen wichtigen und nachhaltigen Schritten auf Landesebene ist aber auch der weitere Dialog auf Bundesebene notwendig. Denn eine gesunde und qualitativ hochwertige Schulverpflegung kann nur wirken, wenn sie von allen gemeinsam gestaltet wird. Deswegen werden wir uns auch auf Bundesebene dafür einsetzen, dass mehr für eine bessere Ausstattung der Kita- und Schulverpflegung getan wird." ■

Kommission endlich einberufen

Dass für die Enquetekommission „noch immer keine Einladung zur konstituierenden Sitzung vorliegt", stößt bei Sabine Berninger, Obfrau der Fraktion DIE LINKE für die Enquetekommission Rassismus, auf Unverständnis: „Seit dem 26. Januar 2017 ist die Einsetzung der durch den NSU-Untersuchungsausschuss der vorigen Legislatur einhellig geforderten Enquetekommission zu Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierung in Thüringen Beschlusslage. Ebenso ist seither klar, wie viele Mitglieder und Sachverständige für die Kommission zu benennen sind."

Dass nun die CDU in einem Schreiben an den Präsidenten die Konstituierung erst nach den Parlamentsferien erbittet und dies mit der Entschädigungsregelung für die Sachverständigen begründet, die erst am 8. Mai mitgeteilt worden sei, weist die Abgeordnete zurück: „Bereits am Rande der März-Plenarsitzungen war die Höhe der Aufwandsentschädigung zwischen den Parlamentarischen Geschäftsführern und der Landtagsverwaltung verhandelt und vereinbart worden. Dass die CDU-Fraktion zwei Monate nach dieser Vereinbarung und mehr als vier Monate nach dem Einsetzungsbeschluss ihre Sachverständigen immer noch nicht benannt hat, ist nicht akzeptabel."

Die Koalitionsfraktionen drängen auf die Konstituierung der Kommission mit Wahl des Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden, Festlegung der Schwerpunkte der inhaltlichen Arbeit und der zeitlichen Abläufe. Sabine Berninger appellierte an die CDU und den künftigen Vorsitzenden der Kommission, Christian Tischner, „die Konstituierung nicht länger auszubremsen. Wenn wir den Auftrag der Enquetekommission Rassismus, Maßnahmen gegen Rassismus und Diskriminierung in Thüringen zu entwickeln, umsetzen und der uns gerade auch vor dem Hintergrund der NSU-Verbrechen übertragenen Verantwortung gerecht werden wollen, dann können wir nicht erst Wochen nach der Sommerpause in die inhaltliche Arbeit starten." ■

Für den Kreisjugendfeuerwehrtag

Die Jungendfeuerwehr am Standort Bad Liebenstein feiert in diesem Jahr ihr 25-jähriges Bestehen. Gemeinsam mit der Kreisjugendfeuerwehr Bad Salzungen richtete sie daher den diesjährigen Kreisjugendfeuerwehrtag in Bad Liebenstein aus. Die Landtagsabgeordnete Kati Engel, Sprecherin der Linksfraktion für Kinder- und Jugendpolitik, (im Foto mit Katrin Heger) folgte natürlich gern der Einladung der Veranstalter. Den Kindern und Jugendlichen wurde ein tolles Programm geboten. Spannende Wettbewerbe mit Siegerehrung, Wasserzielübungen, Strickleiterklettern, Basteln und vieles mehr. Dazu eine Fahrzeug- und Geräteschau. Technisches Hilfswerk und Deutsches Rotes Kreuz ergänzten die Anwesenheit der zahlreichen Feuerwehren mit ihrer Ausrüstung. Diese wichtige und gelungene Nachwuchsarbeit hat die Alternative 54 e. V., der Verein der Abgeordneten der Linksfraktion im Thüringer Landtag, gern mit einer Spende unterstützt. ■

Mehr Gäste

In den ersten drei Monaten dieses Jahres empfingen die Thüringer Beherbergungsbetriebe mit zehn und mehr Gästebetten nach vorläufigen Ergebnissen des Thüringer Landesamtes für Statistik knapp 682.000 Gäste (das ist ein Plus von 2,3 Prozent).

Allerdings lag die Zahl der Übernachtungen mit fast 1,77 Millionen um 2,2 Prozent niedriger als im 1. Quartal 2016. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste erreichte im 1. Quartal dieses Jahres 2,6 Tage und lag damit niedriger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (2,7 Tage). Hierbei ist zu beachten, dass das Osterfest 2016 im Monat März, im Jahr 2017 aber im Monat April lag. Neben dem Städtetourismus (Eisenach, Erfurt, Jena und Weimar) erreichten weitere Reisegebiete (Kyffhäuser und Thüringer Vogtland) mit einem deutlichen Plus bei den Gästen und Übernachtungen einen guten Start in das Tourismusjahr 2017. ■

Impressum

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:
Annette Rudolph (V.i.S.d.P.)
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTs keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.